

Entwicklung und politische Rahmenbedingungen des ökologischen Landbaus in Europa

NICOLAS LAMPKIN, SUSANNE PADEL, CAROLYN FOSTER

Development and policy environment for organic farming in Europe

The paper describes the development and policy environment of organic farming in the European Union, where organic farming has grown rapidly due to a variety of factors. Policy measures concerning area-based financial support for conversion to and continuation of organic farming, officially-recognized standards and support for market and regional development, advice and research are considered. This indicates that individual measures can also work against each other. In some countries, good experiences have been made with integrated action plans, an approach that is also being discussed at the European level and which could achieve a good basis for the development of organic farming in future.

Key words: organic farming; EU agricultural policy; agri-environment programme; action plans

Zusammenfassung

Der Beitrag schildert die Entwicklung und politischen Rahmenbedingungen des ökologischen Landbaus in der EU, wo er in den letzten Jahren aufgrund einer Reihe von Faktoren stark zugenommen hat. Politische Maßnahmen in den Bereichen direkte Flächenförderung zur Umstellung und Beibehaltung des ökologischen Landbaus, staatlich anerkannte Richtlinien und Förderung der Marktstruktur, Regionalentwicklung, Beratung und Forschung werden betrachtet. Dabei zeigt sich, dass einzelne Maßnahmen entgegengesetzt wirken können. In einigen Ländern wurden gute Erfahrungen mit integrierten Aktionsplänen gemacht, ein Weg, der jetzt auch auf europäischer Ebene diskutiert wird und auch in Zukunft dem ökologischen Landbau günstige Rahmenbedingungen schaffen könnte.

Schlüsselwörter: Ökologischer Landbau; EG Agrarpolitik; Agrarumweltmassnahmen; Aktionspläne

1 Einleitung

Der ökologische Landbau hat in der EU in den letzten Jahren stark zugenommen dank steigender Nachfrage seitens der Verbraucher und breiter Unterstützung von Politikern und Umweltverbänden. In manchen Ländern, wie z.B. Großbritannien, hat auch die schwierige finanzielle Situation konventioneller Landwirte zu dieser Entwicklung beigetragen. Dieser Beitrag beschreibt die Entwicklung des Sektors und bisherige politische Initiativen zur Unterstützung des ökologischen Landbaus, außerdem wird versucht, einige Hinweise auf die weitere Entwicklung nach dem Jahr 2000 zu geben.

2 Entwicklung des ökologischen Landbaus in Europa

2.1 Fläche und Betriebe

Der ökologische Landbau zeichnet sich in den letzten Jahren EU-weit durch hohe jährliche Zuwachsraten von etwa 25% aus, wenn auch die Gesamtzuwachsrate der EU im Jahr 2000 deutlich zurückgegangen ist (LAMPKIN, 2001; LAMPKIN und FOSTER, 2000). 1985 wurden ca. 6000 Betriebe mit knapp 100000 ha Fläche ökologisch bewirt-

schaftet. Am Ende 2000 waren es 145000 Betriebe und 4 Millionen ha (Abbildung 1 und 2).

In einigen EU Mitgliedsstaaten (AT, DK, SE, IT, FI) werden 5–10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) ökologisch bewirtschaftet (in SE über 12%, wenn die nicht zertifizierte aber geförderte Fläche mitgezählt wird). Deutschland und Großbritannien liegen mit knapp 3% etwa auf dem EU Durchschnittswert. Die Zuwachsraten in einzelnen Ländern sind ganz unterschiedlich, wobei Phasen mit hohem (über 100%) und niedrigem (0–10%) Zuwachs direkt aufeinanderfolgen können (siehe auch PADEL und MICHELSEN in diesem Heft; MICHELSEN et al., 2001; NIEBERG et al., 2001).

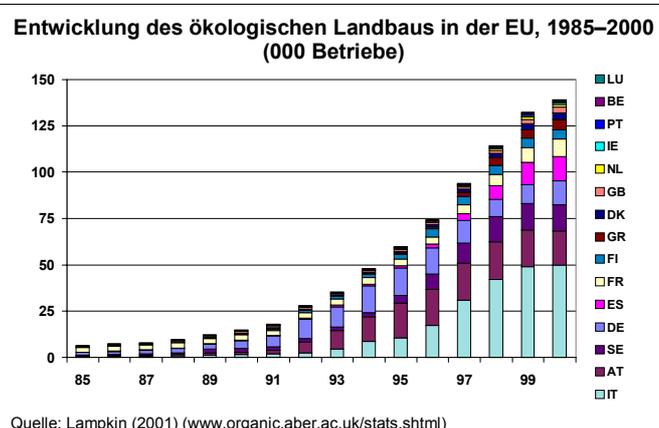


Abbildung 1

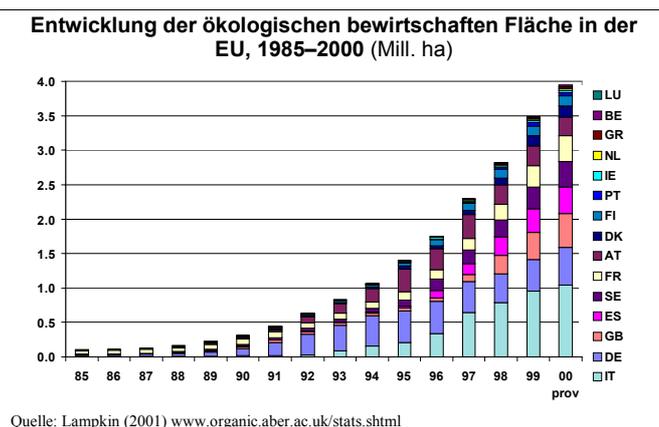


Abbildung 2

2.2 Marktentwicklung

Den verfügbaren Daten zufolge zeigt der Markt ein ähnliches Wachstum wie die Fläche, von einem geschätzten Gesamtumsatz von ca. 5 Mrd. € 1997 bis zu 7 Mrd. € im Jahr 1999 (siehe Tabelle 1). Dabei ist die statistische Datengrundlage bezüglich der Umsatzentwicklung allerdings wesentlich schlechter als für die Fläche, und es werden sehr

unterschiedliche Zahlen veröffentlicht (siehe auch MICHELSEN et al., 1999). Neuere Untersuchungen werden derzeit durchgeführt, aber fehlende statistische Daten der Marktsituation sind derzeit ein großes Hindernis für die Beurteilung der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet.

Tabelle 1: **Marktvolumen für Ökoprodukte in einzelnen EU Mitgliedstaaten, 1997 und 1999** (Mill. € Umsatz im Einzelhandel)

	1997	1999
Deutschland D	1800	2400–2500
Frankreich F	720	750–1000
Großbritannien GB	450	900
Niederlande NL	350	400
Dänemark DK	300	400–500
Schweden SE	110	150
Italien It	750	900
Österreich AT	225	300
EU	5000	6500–7000

Quelle: ITC (1999); SA (2001); eigene Schätzungen.

2.3 Hauptwachstumsfaktoren

Obwohl eine biologisch-dynamische Landwirtschaft schon seit den 1920er Jahren existiert und erste internationale Richtlinien für den ökologischen Landbau Anfang der 70er Jahre entwickelt wurden, sind mehr als 80% der heute in der EU ökologisch bewirtschafteten Fläche innerhalb der letzten zehn Jahre umgestellt worden. Die langsame Entwicklung bis Ende der 80er Jahre lässt sich unter anderem durch die große politische und kommerzielle Unterstützung der Intensivierung der konventionellen Landwirtschaft erklären, wobei die Alternativen entweder ignoriert wurden oder teilweise heftig umstritten waren. Erst seit Ende der 80er Jahre die Kritik an den Umwelt- und Sozialfolgen der Industrialisierung der Landwirtschaft zunahm, gewann die ökologische Landwirtschaft an Bedeutung.

Als Hauptwachstumsfaktoren in den 90er Jahren sind vor allem folgende zu nennen:

- die EG-Verordnung 2092/91 (ökologischer Landbau und Kennzeichnung), die eine rechtliche Basis für Ökoprodukte auf EU-Ebene schuf und so eine geregelte Marktentwicklung ermöglichte, und die EG-Verordnung 1804/99, durch die seit 2000 auch tierische Produkte miteinbezogen sind;
- hohes Interesse der Verbraucher, welches vor allem in skandinavischen und deutsch sprachigen Ländern sowie in Großbritannien zu Marktzuwachsraten von 25–50 % jährlich geführt hat (MICHELSEN et al., 1999);
- politische Förderung in allen EU Mitgliedsstaaten durch Agrarumweltmaßnahmen (VO(EG) 2078/92); und
- vor allem in den letzten Jahren große Unsicherheiten im konventionellen Bereich – besonders augenfällig in GB aufgrund der Überlagerung von Wechselkursänderungen, BSE und Maul- und Klauenseuche.

3 Politische Rahmenbedingungen des ökologischen Landbaus

Seit Ende der 80er Jahren haben alle EU-Mitgliedstaaten Fördermaßnahmen für den ökologischen Landbau eingeführt (für eine detaillierte Beschreibung siehe LAMPKIN et al., 1999). Gründe für die politische Unterstützung sind die wachsende Übereinstimmung des ökologischen Landbaus

mit Zielen der Agrarpolitik (Umweltschutz, tiergerechte Viehhaltung, nachhaltige Nutzung der Rohstoffe, Lebensmittelqualität und Verbraucherschutz, ländliche Einkommenssicherung und soziale Gerechtigkeit) sowie andere Beiträge des ökologischen Landbaus zu den Zielen der Agrarpolitik, wie zum Beispiel Verringerung der Überschüsse, Ausnutzung der Marktmechanismen zur Unterstützung der Politik und die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Die politische Unterstützung des ökologischen Landbaus begann zuerst in einzelnen Ländern, z.B. in Dänemark (1987), Schweden (1989) und Österreich (1992). Seit der Einführung des EU-Extensivierungsprogramms von 1988 (VO(EG) 4115/88) gab es eine erste Möglichkeit, ökologischen Landbau auch im Rahmen eines EU-Programms zu unterstützen, die aber nur von drei Mitgliedstaaten (DE, FR, LU) wahrgenommen wurde. Mit Verabschiedung der EU-Verordnung 2092/91, die eine rechtswirksame Definition des ökologischen Landbaus beinhaltet, wurde der Weg zur weiteren Entwicklung gezielter politischer Maßnahmen geebnet. Die Agrarreform von 1992 schuf dann im Rahmen des Agrarumweltprogramms (VO(EG) 2078/92) die Grundlage für eine EU-weite Förderung des ökologischen Landbaus.

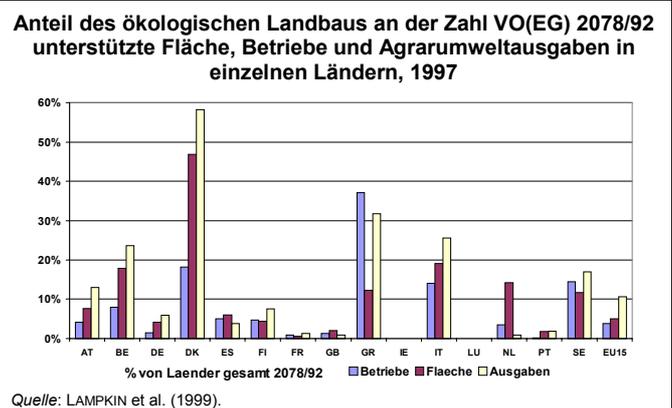


Abbildung 3

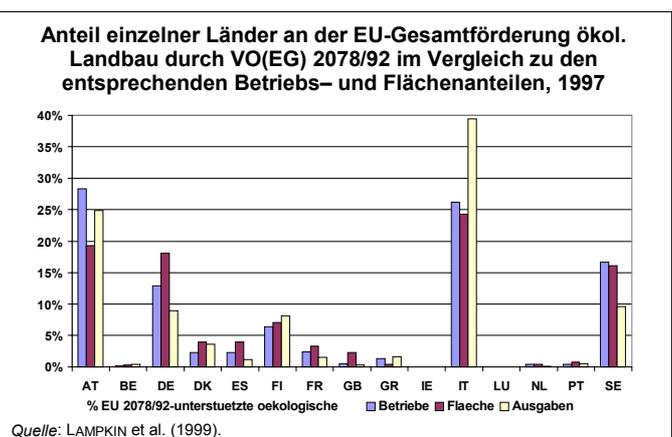


Abbildung 4

3.1 Agrarumweltmaßnahmen

Die Agrarumweltmaßnahmen (nach VO(EG) 2078/92) stellen seit ihrer Umsetzung ab 1994 die wichtigste Förderungsquelle für den ökologischen Landbau dar. Zwischen

den einzelnen Mitgliedsstaaten sowie teilweise auch innerhalb der Staaten bestehen jedoch große Unterschiede in den Förderprogrammen (Abbildung 3, 4). Dies betrifft z.B. den vollständigen Verzicht auf Beibehaltungsprämien in zwei Ländern (GB, FR) sowie deutliche Unterschiede in der Beitragshöhe (Tabelle 2) und in der Auswahl der förderbaren Kulturen und Tierarten. Weiterhin unterscheiden sich die Programme durch spezielle Anreize für Spezialkulturen und Betriebe mit intensiver Tierhaltung, zusätzliche Umweltauflagen und das Verhältnis zu anderen Agrarumweltmaßnahmen.

Tabelle 2: Ausgewählte Prämien für den ökologischen Landbau, 1997 und 2000 (ECU/ha)

Vorgang	GB		DE		DK*		AT	
	1997	2000	1997	2000	1997	2000	1997	2000
Getreide								
Umstellung	101	360	140	150	140	195	326	327
Beibehaltung	0	0	112	120	114	135	326	327
Obst								
Umstellung	101	360	713	750	140	195	723	799
Beibehaltung	0	0	660	650	114	135	723	799

*Einschl. Stickstoffreduzierungsprämie, Umstellung 2000 +270 ECU/ha für Betriebe ohne Milchproduktion mit Ackerbau/ Schweinehaltung

Quelle: LAMPKIN et al., 1999; NIEBERG et al., 2001

Diese Unterschiede haben deutliche Auswirkungen auf den Wettbewerb innerhalb der EU. In manchen Ländern hat die flächengebundene Förderung zu Überschüssen auf dem Markt für Ökoprodukte geführt, mit negativen Auswirkungen auf die Preise und damit die Rentabilität vor allem von langfristig bestehenden Ökobetrieben, die meist vor Inkrafttreten der entsprechenden Regelungen ohne Förderung umgestellt hatten. In fast allen Mitgliedsländern wurde die Zertifizierung nach VO(EG) 2092/91 als Kontrollmechanismus verwendet, wodurch auch der Zusammenhang zum Markt verdeutlicht wurde. Lediglich Schweden entschied sich dafür, die Vermarktung von der Förderung getrennt zu halten und die ökologische Bewirtschaftung genau wie andere Agrarumweltmaßnahmen direkt zu kontrollieren.

Tabelle 3: Geförderter ökologischer Landbau und Anteil am Gesamt agrarumweltprogramm (VO 2078/92, 1997)

	Geförderter Ökolandbau	Anteil Gesamt-programm 2078/92
Betriebe	63,000	4%
Fläche	1.3 Mha	5%
Ausgaben	260 MECU	11%

Quelle: LAMPKIN et al., 1999

3.2 Marktstützungsmassnahmen

Von den meisten Marktstützungsmaßnahmen der gemeinsamen Agrarpolitik sind ökologische und konventionelle Betriebe etwa gleichermaßen betroffen (LAMPKIN et al., 1999). Dabei sind die Auswirkungen von Flächenbeihilfen im Allgemeinen eher als ökolandbaufreundlich anzusehen, unter anderem weil die Höhe der Ackerbauflächenprämien auf durchschnittlichen Getreiderträgen basiert und die Ökobetriebe eher unterdurchschnittliche Erträge erzielen, allerdings sollte auch berücksichtigt werden, dass sich der beitragsfähige Anteil der Fläche aufgrund von Fruchtfolgeänderungen reduziert.

Die Flächenstilllegung bietet vieharmen oder viehlosen Betrieben die Möglichkeit zur Förderung von Grünbrache mit Leguminosen in der Fruchtfolge. Die erweiterten Nutzungsmöglichkeiten der Stilllegungsflächen sind aus Sicht ökologischer Betriebe durchaus zu begrüßen (ANON, 2001). Trotzdem sollte die Flächenstilllegung für Ökobetriebe eher freiwillig und nicht verpflichtend sein, da die Nachfrage nach Ökogetreide oft größer als das Angebot ist und die Betriebe daher nicht in gleichem Maße zur Erzeugung von Überschüssen beitragen.

Weniger förderlich für ökologische Betriebe sind Tierhaltungsprämien pro Kopf und die Kontingentierung, vor allem weil die Betriebe systembedingt einen niedrigeren Viehbesatz pro Hektar haben und deswegen (c.p.) geringere Prämiensummen erreichen. In diesem Sinne würden flächengebundene Tierhaltungsprämien ohne Kontingentierung dem Ökolandbau eher gerecht. Allerdings können in manchen Mitgliedsstaaten Ökobetriebe freien oder bevorzugten Zugang zu Quoten und Hilfestellung bei der Einführung von tierischen Produktionsverfahren erhalten (LAMPKIN et al., 1999).

In einigen EU Staaten tragen auch besondere Fördermaßnahmen für benachteiligte Gebiete und Investitionsprogramme zur Unterstützung des ökologischen Landbaus bei (LAMPKIN et al., 1999).

3.3 Ökoverordnungen und Richtlinien

Die Vermarktung von Ökoprodukten wurde ursprünglich entwickelt, um den Landwirten finanziellen Spielraum zu geben und damit die Verbraucher die Ziele des ökologischen Landbaus unterstützen konnten. Vor allem in einer Situation, in der keine anderen Förderungen vorhanden waren, konnten so niedrigere Erträge wirtschaftlich ausgeglichen werden. Um *bona-fide*-Erzeuger und -Verbraucher zu schützen, entwickelten die Ökoverbände (fast ausschließlich Erzeugerverbände) ihre eigenen Richtlinien und die Betriebskontrolle, mit deren Hilfe ihre Produkte aufgrund der Produktionsmethode von konventionellen unterschieden werden konnten. Die Bemühungen der Internationalen Vereinigung Ökologischer Landbauorganisationen (IFOAM) sorgten dabei für eine gewisse Gemeinsamkeit auf internationaler Ebene, Unterschiede zwischen Verbänden und Ländern reflektieren aber auch die spezifischen Umstände, Ressourcen und Bedürfnisse.

Einige Mitgliedstaaten führten bereits in den 80er Jahren staatliche Verordnungen ein und schufen damit einen gesetzlichen Rahmen für die Entwicklung eines speziellen Marktes für Ökoprodukte. Seit 1993 wurden diese teilweise von der EU-Verordnung 2092/91 für ökologischen Pflanzenbau, Zertifizierung und Verarbeitung ersetzt; die Tierhaltung ist erst seit 2000 (VO(EG) 1804/1999 zur ökologischen Tierhaltung und GMO-Verbot) auch EU-weit geregelt.

In der Umsetzung der EU-Verordnungen gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, vor allem im Hinblick auf die Anzahl der Anerkennungsorganisationen und die Beteiligung von öffentlichen oder privaten Stellen (LAMPKIN et al., 1999). So hat Dänemark zum Beispiel nur eine staatliche Kontrollstelle, während in Deutschland mehr als 50 private Kontrollstellen registriert sind.

In der EU existiert auch eine Vielzahl von unterschiedlichen Warenzeichen für ökologisch erzeugte Produkte. In

Dänemark, Frankreich, Österreich und der Schweiz wurden mit unterschiedlichem Erfolg staatliche oder privatrechtliche Dachwarenzeichen eingeführt (Hofer, 1998), in anderen Ländern ist ein solcher Schritt aber umstritten. So sind private Verbände, wie die Soil Association in Großbritannien und Bioland bzw. Demeter in Deutschland, die viel investiert haben, um ihre eigene Marken bekannt zu machen, nicht unbedingt bereit, ihre Position einfach aufzugeben. In Deutschland hat der Versuch, ein gemeinsames Warenzeichen einzuführen, bisher keinen Erfolg gehabt. Dagegen steht die Erfahrung von Dänemark und Frankreich, wo ein einheitliches nationales Zeichen einen hohen Wiedererkennungswert bei Verbrauchern hat und als vertrauenswürdig angesehen wird (LAMPKIN et al., 1999). Andere Autoren (DABBERT et al., 2001) weisen darauf hin, dass eine Promotionskampagne für eine einheitliche (EU-)Kennzeichnung sehr wünschenswert wäre, dass diese Idee bisher aber nicht von allen Ökoverbänden eindeutig unterstützt würde.

Eine weitere strittige Frage ist, ob abweichend von allgemeinen Regelungen auf nationaler oder Verbandsebene strengere Richtlinien gelten können. So entspricht z.B. die Tierhaltungsrichtlinie (VO(EG) 1804/99) nicht in allen EU Ländern den Vorstellungen der Verbraucher von ökologischer Tierhaltung. Umstritten sind z. B. Anbindeställe und die Möglichkeit, konventionell erzeugte Jungtiere für die ökologische Fleischproduktion einzusetzen. Um die weitere Entwicklung von Richtlinien zu ermöglichen, wäre eine größere Flexibilität auch in anderen Bereichen wünschenswert, was aber im Widerspruch zum internationalen Handel steht. Trotz aller Probleme hat die EU-Verordnung aber einen sehr großen Beitrag zum internationalen Handel und zur Entwicklung des Marktes für ökologische Produkte geleistet.

Trotz aller Bemühungen, zum Schutz der Verbraucher Richtlinien weiterzuentwickeln und Warenzeichen einzuführen, besteht aber die Gefahr, dass der Markt nicht nur als Mechanismus zur Unterstützung der Ziele des ökologischen Landbaus (Umweltschutz, Tiergerechtigkeit, Lebensmittelqualität und soziale Gerechtigkeit) betrachtet wird, sondern der Markt zum Selbstzweck wird. Dies könnte die positive Bewertung des ökologischen Landbaus bei Verbrauchern beeinträchtigen könnte.

3.4 Vermarktungs-, ländliche Entwicklungs- und Strukturmaßnahmen

Die Förderung von Vermarktungs- und Verarbeitungsprojekten sowie Produzentengruppierungen ist in allen EU-Ländern unter VO(EG) 866/90 (Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur), VO(EG) 2328/91 (Agrarstruktur) und VO(EG) 1257/99 (ländliches Entwicklungsprogramm) möglich, wobei sich einige Länder (wie z.B. Österreich) durch eine relative hohe Präferenz für Ökoprojekte auszeichnen (LAMPKIN et al., 1999). Dies gilt auch für Projekte im Rahmen der verschiedenen Strukturmaßnahmen (Ziel 1/5b, LEADER), die auf den möglichen Beitrag des ökologischen Landbaus zur ländlichen Entwicklung hinzielen.

Die Notwendigkeit, nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage zu stimulieren, hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass diese Maßnahmen an Bedeutung gewonnen haben. Einige Mitgliedsstaaten, wie z. B. Dänemark, Deutschland und Irland, haben dabei nicht nur einzelne

Projekte gefördert, sondern auch spezifische Programme für die Vermarktung von Ökoprodukten entwickelt.

3.5 Information (Forschung, Ausbildung, Beratung usw.)

Hohe Förderungsprämien und gute Marktchancen allein sind nicht ausreichend, um eine solide Basis für die Entwicklung des ökologischen Landbaus zu schaffen (MICHELSEN et al., 2001). Da der ökologische Landbau informations- und nicht technologieintensiv ist, ist zu erwarten, dass durch Forschung, gezielte Information und Beratung der Kenntnisstand der Erzeuger verbessert werden kann und damit das Umstellungsrisiko verringert, Zahl und Ausmaß von Fehlern vermindert und das Vertrauen der Landwirte in den Umstellungsprozess gefördert wird. Die Ausweitung und bessere Koordination von Forschungs-, Beratungs-, Aus- und Weiterbildungsprojekten, sowie die Einrichtung von Pilot- und Demonstrationbetrieben sind hierbei mögliche politische Maßnahmen.

In den meisten Ländern wurde diese Rolle ursprünglich von den Ökoverbänden übernommen, sowie einigen privaten Stiftungen und Forschungszentren (z.B. Elm Farm Research Centre in Großbritannien, Forschungsinstitut biologischer Landbau in der Schweiz, Stiftung Ökologischer Landbau und Forschungsring für biologisch-dynamische Landwirtschaft in Deutschland) (LAMPKIN et al., 1999). Seit einigen Jahren sind in mehreren Ländern auch staatliche Einrichtungen beteiligt, z. B. durch Forschungsprogramme, aber auch bei der Durchführung von Projekten und im Anbieten von Beratung. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist Dänemark, mit einem weitreichenden staatlichen Forschungsprogramm, einem staatlich geförderten Beratungsdienst mit Kompetenzzentrum und Möglichkeiten zur Ausbildung in ökologischer Landwirtschaft. In Wales wurde im Rahmen des Aktionsplans ein Informationszentrum für Ökolandbau von der Nationalversammlung unterstützt. In Schweden sind Ausbildung, Information und Demonstrationbetriebe ein wesentlicher Bestandteil des Agrarumweltprogramms und Erst- und Folgeberatung vor und während der Umstellung steht interessierten Bauern kostenlos zur Verfügung. Programme zur kostenlosen Information über Anforderungen der Richtlinien und technische und betriebswirtschaftliche Fragen und Erstberatung interessierter Landwirte gibt es auch in Großbritannien, der Schweiz und Norwegen. In Finnland und Dänemark gelten vergünstigte Beratungsgebühren für Ökobetriebe.

In den meisten Ländern lässt allerdings die Koordination der einzelnen Bereiche zu wünschen übrig, und die Abstimmung der Inhalte und Aktivitäten mit den Ökoverbänden und Landwirten ist mangelhaft. Spezielle Aus- und Weiterbildungsprogramme für Berater in Sachen ökologischen Landbaus fehlen, und der gesamte Bereich der Information für Verbraucher wurde bisher sehr wenig berücksichtigt.

3.6 Integrierte Aktionspläne

Wenn sie unabhängig voneinander durchgeführt werden, können sich manche der vorgestellten Einzelmaßnahmen gegenseitig negativ beeinflussen. Zum Beispiel können Agrarumwelt- und Marktordnungsmaßnahmen gegensätzliche Wirkung entfalten, und die Abstimmung zwischen Flächen- und Absatzförderung kann zu Preisdruck und Ab-

satzschwierigkeiten führen. Deswegen sind integrierte Aktionspläne, wie sie in den letzten Jahren z.B. in Dänemark, Frankreich, Niederlanden, Schweden und Wales eingeführt worden, von besonderer Bedeutung (LAMPKIN et al., 1999). Solche Aktionspläne haben üblicherweise eine Zielvorgabe, beispielsweise wie viele Betriebe in den nächsten Jahren umstellen sollen (z.B. 5–20% bis 2005/2010) und wie das mit Hilfe der Kombination verschiedener Maßnahmen erreicht werden soll. Welche der vorgestellten Maßnahmen (Direktzahlungen, Unterstützung der Vermarktung und Verarbeitung, Unterstützung der Produzenteninformation, Verbraucheraufklärung, Infrastrukturentwicklung etc.) dabei in Frage kommen, basiert auf einer detaillierten Analyse der gegenwärtigen Situation des Ökosektors in der Region.

Die Entwicklung solcher integrierter Aktionspläne auch in Deutschland und auf europäischer Ebene wurde in der letzten Zeit mehrfach diskutiert (DABBERT et al., 2001; DANISH MINISTRY FOR AGRICULTURE, 2001). Dies spiegelt die Einsicht wider, dass ein besserer Ausgleich zwischen angebotsfördernden (push) und absatzfördernden Maßnahmen (pull) erforderlich ist und dass sich eine politische Unterstützung des ökologischen Landbaus an den Rahmenbedingungen einer bestimmten Region orientieren sollte.

4 Schlussfolgerungen

Wenn sich die EU-weiten Zuwachsraten von 25 % jährlich fortsetzten, würden im Jahr 2005 ca. 10 % (2010 ca. 30 %) der landwirtschaftlichen Fläche der EU ökologisch bewirtschaftet. Eine Verlangsamung des Trends im Jahr 2000 deutet allerdings darauf hin, dass ein solches Wachstum eher nicht zu erwarten ist.

Aber selbst bei einer auf ca. 20% verringerten Zuwachsrate könnten im Jahr 2010 ca. 20% der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Dann wäre der Sektor des Ökolandbaus in der EU 7 mal so groß wie heute; dies würde ca. 1 Mill. Betriebe, 30 Mill. ha LN und über 50 Mrd. € Umsatz entsprechen. Bei gleicher Höhe der Direktzahlung wie heute, würde das in der EU-15 auch jährliche Haushaltsausgaben von etwa 6 Mrd. € bedeuten.

Eine solche Entwicklung stellt eine große Herausforderung für die Politik (Bereitstellung der Finanzmittel, die Notwendigkeit weiterer Politikreform, WTO-Verhandlungen und EU-Erweiterung) sowie für die Behörden (Kontrollaufgaben unter VO(EG) 2092/91) dar.

Deshalb sollte der ökologische Landbau jetzt auch gezielt als Thema der Zwischenauswertung der Agenda 2000 (Mid-term Review) aufgenommen werden, so dass die Folgen einer erweiterten Umstellung für die gesamte Landwirtschaft und Agrarpolitik besser bewertet und ausreichend Fördermittel im ländlichen Entwicklungsprogramm zur Verfügung gestellt werden können.

Literaturverzeichnis

- ANON (2001): Ökolandwirte dürfen Futterklee auf stillgelegten Flächen anbauen. *Agra-Europe* 18/01 vom 30. 4. 2001 Kurzmeldungen, 12.
- Danish Ministry for Agriculture (2001): Organic Food and Farming – Towards Partnership and Action in Europe. Conference proceedings, May 2001: http://www.fvm.dk/konferencer/organic_food_farming/index.htm
- DABBERT, S.; ZANOLI, R.; LAMPKIN, N. (2001): Elements of a European Action Plan for Organic Farming. Paper presented at the European

- Conference "Organic Food and Farming – Towards Partnership and Action in Europe", May 2001 at Copenhagen.
- FOSTER, C.; LAMPKIN, N.: Organic and in-conversion land area, holdings, livestock and crop production in Europe. University of Wales, Aberystwyth. (<http://www.organic.aber.ac.uk/tstats.shtml>)
- ITC (1999): Organic food and beverages: world supply and major European Markets. International Trade Centre, Geneva.
- HOFER, K. (1998): Joint environmental policy making in the EU: Food labelling in the context of organic agriculture. Publication of Environmental Sociology: Wageningen Agricultural University, Wageningen.
- LAMPKIN, N.; FOSTER, C.; PADEL, S.; MIDMORE, P. (1999): The Policy and Regulatory Environment for Organic Farming in Europe. In: Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vols. 1 & 2. Universität Hohenheim, Hohenheim.
- LAMPKIN, N. (2001): European Organic Farming Statistics, <http://www.organic.aber.ac.uk/stats.shtml>
- MICHELSSEN, J.; LYNGGARD, K.; PADEL, S.; FOSTER, C. (2001): Organic farming development and agricultural institutions in Europe: a study of six countries. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 9. Universität Hohenheim; Stuttgart.
- MICHELSSEN, J.; HAMM, U.; WYNEN, E.; ROTH, E. (1999): The European market for organic products: growth and development. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 7. University of Hohenheim; Stuttgart.
- NIEBERG, H.; OFFERMANN, F.; PADEL, S. (2001): Kein Patentrezept für die Ausweitung des ökologischen Landbaus. *Agra-Europe* 14/01 vom 2. April 2001, Sonderbeilage 1–8.
- SA (2001): The Organic Food and Farming Report 2000. Soil Association. Bristol.

VerfasserInnen:

NICOLAS LAMPKIN,

SUSANNE PADEL

CAROLYN FOSTER, Institute of Rural Studies, University of Wales, Aberystwyth, GB – SY23 3AL, Tel: +44 1970 622248, Fax: +44 1970 622238 (E-Mail: nhl@aber.ac.uk)

Die beschriebenen Forschungsarbeiten wurden zum Teil von der Europäischen Kommission (Vertrag FAIR3-CT96-1794 Organic farming and CAP) finanziell gefördert. Verantwortlich für die Ausführungen in diesem Beitrag sind allein die Autoren und nicht die Europäische Kommission.